

Ultraliberale Korrespondenz

Endlich mal gute Nachrichten

Es gab ein paar interessante/gute Nachrichten: Eine Antwort aus einer Redaktion auf meine letzte Korrespondenz: „Lieber Herr Schumann, Wir wollen von Ihnen kein einziges Mail mehr erhalten. Ab sofort. Sie sind ein **neoliberaler Schwätzer**, der uns keinen Deut interessiert. Als Tip: Geben sie es doch auf, 140 (!) Redaktionen mit ihren regelmässigen, wirren Ergüssen die Mailbox zu belasten. Lassen Sie es mit dem Spam doch bleiben und widmen Sie sich sich Wichtigerem. Grüsse Jonas Aebi für die Redaktion Widerspruch, redaktion@widerspruch.ch“ Also, ich sehe, ich liege nicht so falsch. (Herr Aebi hat sich nur ein klein wenig geirrt, - die Mails gingen nicht an 140 Empfänger sondern an 810 und noch eine getrennte Sendung an einige Bekannte und Freunde.

Schön verlief auch die Abstimmung in der Schweiz: Entgegen dem Antrag der Grünen werden die **Atomkraftwerke** doch nicht schnell abgeschaltet, sondern wohl erst 2050 und bis dahin fliesst noch viel Wasser vom Gotthard herunter und man wird wohl wieder neue Atomkraftwerke bauen. Also scheinen doch nur die Deutschen und die Italiener es nicht begriffen zu haben – die Atomkraft ist eine der sichersten Energiequellen ist. Bisher gab es in Tschernobyl nur 69 Tote und in Fukushima gar keine.

Eine gute Nachricht war auch, dass ein übler Diktator – **Fidel Castro** – endlich unter der Erde ist und kein Verbrechen mehr an seinem Volk begehen kann.

Und bei den Vorwahlen in Frankreich ist **François Fillon** mit breiter Mehrheit zum Kandidaten der Rechten gewählt worden und zwar mit einem recht liberalen Programm – 100 Milliarden staatliche Ausgaben und 500.000 öffentliche Bedienstete einsparen. Eine wundervolle Idee, ich hoffe, er wird gewählt und kann sie realisieren. Es könnte ein Vorbild für ganz Europa sein – das wären dann Millionen von Verwaltungsbeamten, die man feuern könnte. Das würde nicht nur eine Menge Geld sparen, diese Leute könnten auch nicht mehr so viel Unheil für die Bürger anrichten.

Und zum Totlachen war auch die verdatterte Reaktion vieler europäischer und amerikanischer Presse- und Rundfunkorgane auf **die Wahl von Donald Trump**. Die meist rot-grün eingefärbten Redakteure verstanden die Welt nicht mehr und noch weniger ihre Mitbürger. Sie quietschten als sie ihnen etwas ganz Schweres auf die Füsse gefallen. Sicher, Trump hat eine Menge Blödsinn von sich gegeben, aber insoweit das die Weltpolitik betrifft, ist man das von den meisten amerikanischen Politikern gewohnt – kaum einer weiss den Unterschied zwischen Slowenien, Slowakei und Salwonien. Immerhin können sie Switzerland und Sweden sowie Australia und Austria unterscheiden. Viele seiner Ankündigungen werden ins Leere gehen, denn eigentlich sollten Politiker beim Wahlkampf nicht sagen „Ich werde dies und das machen oder veranlassen“ sonder „Ich werde versuchen dies und das durchzusetzen – wenn die Umstände, der Kongress, der Bundestag und die internationalen Verflechtungen es erlauben.“ Aber das macht fast keiner und was noch schlimmer ist - sie versuchen es oft noch nicht einmal.

Hoffen wir nur, dass Trump sein grosses Vorbild – Ronald Reagan – ernst nimmt, dann wird er ein guter Präsident. Und hoffen wir auch, dass er zumindest auch die Steuern und die Arbeitslosigkeit senkt. Beides zusammen würde nicht gehen hatte man damals auch zu Reagan gesagt und seinen Plan als „Reaganomics“ verspottet, aber mit einer liberalen Wirtschaftspolitik hat das gut funktioniert. Und hoffen wir auch ganz besonders , dass er wirklich Ernst macht und das alberne und verantwortungslose Klimaabkommen aufkündigt.

Nachdem sich die Presse etwas von der Schockstarre erholt hatte, ging es gleich los mit der Kritik an Trumps Personalpolitik: Seine Tochter und sein Schwiegersohn hätten eine **Interessenkollision** – sie seien seine Berater und gleichzeitig Bosse der Trump-Firmengruppe. Merkwürdig, dass man gerade da eine Interessenkollision entdeckt. Eigentlich hat einer der

Väter der modernen Staatsform – **Montesquieu** die Regel aufgestellt, dass Gesetzgebung (Legislative), Rechtsprechung (Judikative) und Regierungsgewalt (Exekutive) getrennt sein müssen. Er hat nicht geschrieben: Legislative, Exekutive und Bauwirtschaft sollen unbedingt getrennt sein. So kann man in Europa und Amerika ständig sprachlos zusehen, wie Beamte sich hemmungslos in Parlamente wählen lassen und wenn sie dann nicht mehr wollen oder der Wähler sie nicht mehr will, schamlos wieder zurück in die Exekutive gehen und sich wieder von dem Staat bezahlen lassen, den sie vorher kontrollieren sollten. Ist das nicht eine gewaltige Interessenkollision ?

Unerträglich erscheint mir auch der Einfluss der Richter zu sein: Weil Bepe Grillo in Italien verurteilt worden ist, ist er nicht wählbar. Keine Frage – wenn er etwas verbrochen hat, muss er bestraft werden. Aber warum haben einige Richter das Recht einigen Millionen italienischen Wählern das Recht abzusprechen zu wählen, wen sie wollen ? Und noch schlimmer ist der Anspruch, dass Politiker auch immer moralisches Vorbild sein müssen und man sie zum Rücktritt zwingt wegen solcher Belanglosigkeiten wie teilweise abgeschriebene Doktorarbeiten, Annahme von Parteispenden usw. Was wir brauchen sind Politiker, die zumindest versuchen, das zu tun, was sie dem Wähler versprechen und keine Heiligen oder Tugendbolde, die sich ein Beispiel nehmen an Angela Merkel, die anfangs zusammen mit einem Professor Kirchhoff sehr liberal auftrat und sich dann – kaum gewählt – in eine Sozialdemokratin verwandelte. 2005 forderte sie dann eine Mehrwertsteuer von 18 %. Die Sozialdemokraten lehnten die Erhöhung von 16 auf 18 % ab und nach der Wahl einigte man sich – auf die Mitte ? - nein – auf 19 %.

Wenn wir diese Probleme begreifen, dann wird man auch den Vormarsch der Populisten stoppen, denn eigentlich ist Populismus etwas sehr positives. In einer Demokratie müssen die Bürger an den Entscheidungen beteiligt werden. Man muss sie oft überzeugen und nicht sagen: „Da wir die ENA-Schule in Paris oder eine deutsche Super-Uni besucht haben, wissen wir ja ohnehin alles besser.“ Das wird schief gehen. Leider sind die derzeitigen Populisten keine Liberalen, sondern eher konservative Nationalisten, obwohl sie sich liberal nennen, wie die Freiheitliche Partei Österreich oder Herr Schirinowski in Russland mit seiner Liberal-Demokratischen-Partei. Und auch die amerikanischen Demokraten sind sicher liberal in der Gesellschaftspolitik, aber in der Wirtschaftspolitik sind sie Sozialdemokraten, wenn nicht Sozialisten. Deshalb bleibe ich bei „ultraliberal“. Sicher erklärt sich der Zulauf der nationalistischen Populisten nicht nur mit der Angst vor Einwanderung und „ausländischer Bevormundung“ sondern auch mit dem Frust über eine zunehmende Reglementierung der Wirtschaft und aller Lebensbereiche – vor allem durch die Unzahl von Verwaltungsbeamten auf allen Ebenen – nicht nur in Brüssel und Washington DC.

Mit freundlichen Grüßen *Klaus Schumann / Peter Paris*

Via Monte Grappa, 2, I - 21010 Castelveccana (Varese/Italy)

Tel. (+39)0332 520318; Mobil.: 335 6821302 (No SMS), Fax: (+39)0332 522 521

E-mail: liberalissimo@euroschumann.eu, www.liberalissimo@euroschumann.eu

Anzeige:

Amazon E-Book: Das Paradies des Ingenieurs – von Peter Paris:

Ein politisch sehr unkorrekter Roman, ultraliberal, lustig und zynisch, nie langweilig - über die Suche nach dem persönlichen Paradies eines genialen, technologiebegeisterten Ingenieurs, der auf der Flucht vor dem deutschen Fiskus im Tessin neue Lebenserfahrungen ausprobiert – Boxen, Motorfliegen, wilden Sex.

Amazon 498 Seiten 5,-- Euro